

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Tourismus vom 15.09.2026**

A) Öffentliche Sitzung

TOP 4	Fortführung der Ideenfabrik Nachhaltige Wirtschaft	V 76/2026
	Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Tourismus	26.02.2026 Z 1
	Verwaltungsergänzung	11.09.2026 Z 2

Herr Kohlheyer, CDU-Fraktion, dankt eingangs Herrn Köster-Schmücker und Frau Komp für die bisherige inhaltliche Begleitung und Informationen zur Ideenfabrik.

Mit Blick auf die Fortführung der Ideenfabrik führt Herr Kohlheyer aus, dass für die CDU-Fraktion insbesondere die finanzielle Betrachtung im Vordergrund stehe, da es sich bei der Ideenfabrik um eine freiwillige Leistung handele.

Die mit der Verwaltungsergänzung dargestellten Bemühungen zur Kostenreduzierung und zur Einwerbung von Sponsoring würden ausdrücklich anerkannt. Eine grundsätzliche Kritik an den Kosten, insbesondere hinsichtlich der Immobilie und des Personaleinsatzes, bleibe jedoch bestehen. Gleichzeitig werde gewürdigt, dass sowohl in finanzieller als auch in konzeptioneller Hinsicht Weiterentwicklungen erfolgt seien.

Innerhalb der CDU-Fraktion bestehe derzeit noch keine einheitliche Position zur Fortführung der Ideenfabrik. Ein Teil der Fraktion sehe keinen hinreichenden Bedarf für das Angebot und bezweifle, dass dieses den tatsächlichen Bedarfen der Gewerbetreibenden entspreche. Ein anderer Teil der Fraktion sehe die Ideenfabrik hingegen als wichtigen Bestandteil der Wirtschaftsförderung an. Dort fänden gute Entwicklungen statt, denen angesichts der bereits getätigten Investitionen ausreichend Zeit zur weiteren Entfaltung gegeben werden müsse. Die CDU-Fraktion wolle daher die Zeit bis zur Beschlussfassung im Kreistag nutzen, um die offenen Fragen weiter zu beraten und mögliche inhaltliche Anpassungen zu prüfen.

Als mögliche Ansatzpunkte führt Herr Kohlheyer aus, die Verwaltung solle prüfen, ob innerhalb des Gesamtbudgets der Wirtschaftsförderung Einsparungen an anderer Stelle erzielt und im Doppelhaushalt entsprechend berücksichtigt werden könnten. Darüber hinaus könne gegebenenfalls eine perspektivische

Verknüpfung mit der „Zukunftswerkstatt“ des Berufsbildungszentrums Euskirchen (BZE) in Betracht gezogen werden.

Ferner solle geprüft werden, ob einzelne Bestandteile des Angebotes, beispielsweise der Bereich Coworking, perspektivisch durch privatwirtschaftliche Anbieter übernommen werden könnten. Die vorgesehene Laufzeit bis zum 31.12.2030 solle nach Auffassung der CDU-Fraktion auf den 31.12.2029 angepasst werden, um anschließend eine mögliche Fortführung im Zusammenhang mit der Zukunftswerkstatt zu berücksichtigen.

Weiterhin solle geprüft werden, inwieweit durch die angebotenen Leistungen zusätzliche Einnahmen generiert werden könnten. Leistungen für Unternehmen könnten aus Sicht der CDU-Fraktion gegebenenfalls stärker entgeltpflichtig ausgestaltet werden.

Abschließend führt Herr Kohlheyer aus, dass auch das Leistungsspektrum der Ideenfabrik fortlaufend überprüft und bei Bedarf konzeptionell weiterentwickelt werden solle. Die genannten Ansätze wolle die CDU-Fraktion bis zur Beschlussfassung im Kreistag weiter beraten und konkretisieren.

Herr Huth, FDP-Fraktion, führt aus, die kritische Haltung seiner Fraktion gegenüber einer Fortführung der Ideenfabrik sei bereits bekannt und habe sich auch durch die seitens der Kreisverwaltung dargestellten Einsparbemühungen nicht wesentlich geändert. Diese würden teilweise kritisch bewertet. Das Sponsoring der Kreissparkasse in Höhe von 30.000 Euro sei aus seiner Sicht zu relativieren, da diese Mittel dem Kreis möglicherweise an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung stünden. Auch die vorgesehene Reduzierung der Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit um 12.000 Euro sehe er kritisch. Sofern zusätzliche Einnahmen generiert und weitere Unternehmen erreicht werden sollten, bedürfe es einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung. Eine erhebliche Reduzierung dieser Aufwendungen sei daher aus seiner Sicht kontraproduktiv und könne einer Steigerung der Bekanntheit der Ideenfabrik entgegenstehen.

Darüber hinaus führt Herr Huth aus, ein erheblicher Anteil der Nutzung der Räumlichkeiten erfolge durch den Kreis selbst. Soweit der Kreis die Räumlichkeiten anmiete, handele es sich aus seiner Sicht lediglich um eine interne Verschiebung von Mitteln. Trotz der anzuerkennenden Bemühungen der Verwaltung seien die dargestellten Einsparungen daher aus seiner Sicht nur teilweise als solche zu bewerten. Der verbleibende Zuschussbedarf sei weiterhin erheblich.

Die Ideenfabrik stelle aus Sicht der FDP-Fraktion ein zusätzliches Angebot dar, auf das verzichtet werden könne. Ein großer Teil der dort stattfindenden Veranstaltungen könne ohne zusätzliche Kosten in den vorhandenen Räumlichkeiten des Kreishauses durchgeführt werden. Eine Verlagerung solcher Veranstaltungen in

die Ideenfabrik mit dem Ziel, dort Einnahmen auszuweisen, werde daher kritisch gesehen.

Abschließend verweist Herr Huth auf das vorliegende Schreiben der Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen. Dieses verdeutliche aus seiner Sicht ebenfalls eine kritische Haltung gegenüber einem jährlich anfallenden sechsstelligen Zuschussbedarf für die Ideenfabrik. Die FDP-Fraktion werde einer Verlängerung der Ideenfabrik daher weiterhin nicht zustimmen.

Herr Schmuck, AfD-Fraktion, führt aus, seine Fraktion lehne die Fortführung der Ideenfabrik ebenfalls ab und schließe sich in wesentlichen Punkten der Auffassung der FDP-Fraktion an. Aus seiner Sicht sei insbesondere zu hinterfragen, welchen konkreten Nutzen die Ideenfabrik erbringe, der nicht auch durch private Angebote abgedeckt werden könne. Vortragsveranstaltungen könnten aus seiner Sicht auch in den Räumlichkeiten des Kreishauses durchgeführt werden. Ebenso stelle die Bereitstellung von Coworking-Angeboten aus seiner Sicht keine Aufgabe des Kreises dar und solle grundsätzlich privatwirtschaftlich getragen werden.

Herr Schmuck verweist ferner auf den weiterhin erforderlichen jährlichen Zuschussbedarf von rund 126.000 bis 130.000 Euro bis zum Jahr 2030. Wesentliche Kostenfaktoren wie der Mietvertrag und die Personalstelle blieben bestehen. Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation des Kreises und der Kommunen sehe er in einem Verzicht auf die Fortführung eine Möglichkeit zur finanziellen Entlastung. Die Ideenfabrik sei bereits über mehrere Jahre erprobt worden.

Der konkrete zusätzliche Nutzen sei für ihn weiterhin nicht hinreichend erkennbar. Als mögliche Alternative könne beispielsweise ein Mietzuschuss für junge Gründende in Betracht gezogen werden, damit diese private Räumlichkeiten nutzen könnten. Ein solches Vorgehen sei aus seiner Sicht zielgerichteter und kostengünstiger.

Auch die Vernetzung der beteiligten Unternehmen könne nach seiner Auffassung privat organisiert werden. Sofern seitens der Unternehmen ein entsprechender Bedarf bestehe, könnten diese eigenständig geeignete Formen der Vernetzung und des Austauschs schaffen.

Auf Grundlage des derzeitigen Sachstandes lehne die AfD-Fraktion die Fortführung ab.

Landrat Ramers führt aus, dass es sich bei der Ideenfabrik um eine freiwillige Aufgabe handle. Entscheidend sei daher das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Trotz der erzielten Einsparungen verbleibe ein jährlicher Zuschussbedarf von rund 130.000 Euro, dessen Mehrwert vor dem Hintergrund der angespannten kommunalen Finanzsituation kritisch zu prüfen sei. Die Verwaltung schlage die Fortführung vor, da das Angebot über Veranstaltungen und die Bereitstellung von Räumlichkeiten hinausgehe und insbesondere Gründungsberatung sowie die Förderung von Transformation und wirtschaftlichem Wachstum umfasse. Aktuell nutzten 22 Unternehmen die Angebote der Ideenfabrik; hinzu kämen elf

ehemalige Nutzende. Beispielhaft seien aus der Ideenfabrik Unternehmen hervorgegangen beziehungsweise dort begleitet worden, die inzwischen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hätten oder weiter expandierten.

Zwar könne nicht abschließend beurteilt werden, wie sich diese Unternehmen ohne die Ideenfabrik entwickelt hätten, die bisherigen Ergebnisse zeigten aus Sicht der Verwaltung jedoch einen Mehrwert der geschaffenen Struktur. Ein vergleichbares Gründerzentrum oder eine andere Plattform zur gezielten Unterstützung von Start-ups gebe es im Kreisgebiet derzeit nicht.

Eine Fortführung müsse weiterhin eng begleitet und insbesondere hinsichtlich der Kosten überprüft werden. Die abschließende Abwägung und Entscheidung, ob die Ideenfabrik angesichts der finanziellen Situation als freiwillige Leistung fortgeführt werde, obliege dem Kreistag.

Frau Elpelt, Die Linke, führt aus, sie könne sowohl Argumente der CDU als auch der FDP-Fraktion nachvollziehen. Grundsätzlich werde die Fortführung der Ideenfabrik befürwortet und die von Landrat Ramers dargestellten Vorteile würden gesehen.

Kritisch sehe sie jedoch insbesondere die vorgesehene Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit. Um die Ideenfabrik bekannter zu machen und weitere Unternehmen sowie Interessierte zu erreichen, bedürfe es einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit. Daher solle nochmals geprüft werden, ob die vorgesehene Einsparung in diesem Umfang erforderlich sei.

Herr Gierden, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, führt aus, seine Fraktion könne einer Fortführung der Ideenfabrik grundsätzlich zustimmen und schließe sich in wesentlichen Punkten den Ausführungen von Landrat Ramers und Frau Elpelt an. Auch eine spätere Einbindung der Ideenfabrik in die Zukunftswerkstatt werde als sinnvolle Perspektive angesehen. Bis dahin solle die Ideenfabrik fortgeführt werden.

Herr Höllmann, SPD-Fraktion, führt aus, seine Fraktion könne der Vorlage bereits zustimmen, respektiere jedoch den weiteren Beratungsbedarf anderer Fraktionen. Die SPD-Fraktion befürworte grundsätzlich Einsparungen. Wirtschaftsförderung sei jedoch regelmäßig mit einem Zuschussbedarf verbunden und erfülle eine wichtige Lenkungsfunktion. Die Ideenfabrik habe sich aus Sicht seiner Fraktion im Kreis Euskirchen bereits etabliert. Es seien dort Unternehmen gegründet worden, die die Ideenfabrik zwischenzeitlich verlassen und sich anderweitig niedergelassen hätten. Diese Entwicklung solle fortgeführt werden.

Die Überarbeitung der Vorlage und die seitens der Verwaltung vorgenommenen Kostenreduzierungen würden begrüßt. Wesentliche weitere Einsparpotenziale sehe er derzeit nicht; gegebenenfalls könnten an anderer Stelle Kompensationsmöglichkeiten geprüft werden. Die Beschlussfassung solle im Kreistag erfolgen.

Frau Lewak, SPD-Fraktion, ergänzt hinsichtlich des Nutzens der Ideenfabrik, dieser liege nicht ausschließlich in der Unterstützung von Gründungen, sondern auch in der Vernetzung bereits bestehender Unternehmen im Kreisgebiet. Die Ideenfabrik schaffe einen Rahmen, in dem sich Unternehmen unterschiedlicher Größe austauschen, voneinander profitieren und neue Geschäftsbeziehungen entwickeln könnten. Ein solches Netzwerk bestehe in dieser Form an keiner anderen Stelle im Kreisgebiet. Rückmeldungen teilnehmender Unternehmen zeigten, dass insbesondere der Austausch und die Weitergabe von Erfahrungen und Best Practices einen konkreten Mehrwert darstellten.

Herr Rothkopf, CDU-Fraktion, führt aus, neben der Kosten- und Einnahmenseite müsse insbesondere der inhaltliche Nutzen der Ideenfabrik betrachtet werden. Eine verantwortungsvolle Haushaltsführung sei notwendig, zugleich müsse der Kreis seine Zukunftsfähigkeit sichern. Angesichts der Herausforderungen durch Fach- und Arbeitskräftemangel sowie der Transformation in den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit komme der Wirtschaftsförderung insbesondere im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung zu. Die Ideenfabrik könne hierbei neben der Unterstützung von Unternehmensansiedlungen auch Wissenstransfer, Vernetzung und Transformationsbegleitung fördern. Die Verwaltung solle daher die bestehenden Ansätze konzeptionell weiterentwickeln und weitere Impulse zur Unterstützung der Wirtschaft im Kreisgebiet erarbeiten.

Herr Auel, CDU-Fraktion, führt aus, nach seiner Kenntnis stehe der Bürgermeister der Stadt Euskirchen, Herr Reichelt, der Ideenfabrik inzwischen positiv gegenüber. Dabei seien auch mögliche Gewerbesteuererinnahmen und weitere Multiplikatoreffekte zu berücksichtigen. Diese Effekte ließen sich zwar nur schwer konkret beziffern, sollten bei der Bewertung der Ideenfabrik jedoch nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Rauw, FDP-Fraktion, führt aus, es sei unstrittig, dass Wirtschaftsförderung finanzielle Mittel erfordere. Entscheidend seien insbesondere die Beratung, Betreuung und Vernetzung durch die hierfür eingesetzten Mitarbeitenden. Fraglich sei jedoch, ob hierfür die Räumlichkeiten der Ideenfabrik erforderlich seien. Laut Vorlage würden die Räumlichkeiten neben den dort ansässigen Unternehmen überwiegend durch den Kreis selbst gebucht; zugleich seien die Buchungszahlen rückläufig. Kritisch sehe er zudem eine mögliche Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Anbietern, insbesondere wenn der Kreis vergleichbare Angebote steuerfinanziert und zu günstigeren Konditionen bereitstelle. Die Kritik richte sich daher nicht gegen die Wirtschaftsförderung oder deren personelle Ausstattung, sondern gegen die Notwendigkeit der Ideenfabrik als konkreten Standort.

Herr Köster-Schmücker erläutert, dass die Veranstaltungen, Seminare und weiteren Formate der Kreisverwaltung bewusst in der Ideenfabrik stattfänden, um die im Konzept vorgesehene

Vernetzung und Belebung zu fördern. Daher seien auch die Buchungen der Verwaltung in der Nutzungsstatistik enthalten.

Weiter führt er aus, Bürgermeister Reichelt habe seine Haltung revidiert und stehe der Ideenfabrik inzwischen positiv gegenüber. Er habe darum gebeten, dies im Ausschuss mitzuteilen.

An einer konzeptionellen Weiterentwicklung werde bereits gearbeitet. Unter der Bezeichnung „Gründungs- und Transferakademie“ sei eine Neukonzeption angedacht, die bei einer Fortführung in den kommenden Monaten und Jahren weiterentwickelt werden solle.

Die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit werde gesehen. Die vorgesehene Reduzierung des Budgets sei aus Sicht der Verwaltung dennoch vertretbar, da die vorhandenen Ressourcen der Wirtschaftsförderung und der Pressestelle eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gewährleisten könnten.

Die Anregungen aus der Beratung würden von der Verwaltung aufgenommen. Eine Verkürzung der Laufzeit bis Ende 2029 müsse insbesondere mit Blick auf die vom Vermieter zugesagte Mietreduzierung geprüft werden. Ebenso würden weitere Einsparmöglichkeiten, Möglichkeiten zur Einnahmesteigerung, die konzeptionelle Weiterentwicklung sowie alternative Standorte geprüft. Soweit möglich, sollten hierzu zum Kreisausschuss beziehungsweise Kreistag ergänzende Informationen vorgelegt werden.

Herr Claßen, CDU-Fraktion, führt aus, trotz der inzwischen positiven Haltung von Bürgermeister Reichelt bestehe bei weiteren Bürgermeistern und Kämmerern weiterhin eine kritische Haltung. Vor der Beschlussfassung solle daher nochmals das Gespräch mit den Bürgermeistern gesucht und transparent über die beabsichtigten Änderungen und deren Hintergründe informiert werden. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der von den Kommunen mitgetragenen Kreisumlage wichtig.

Landrat Ramers erläutert, mit den Städten und Gemeinden sei bereits im Arbeitskreis Haushaltsentwicklung ausführlich über die Ideenfabrik gesprochen worden. Dabei seien insbesondere Fragen zum Konzept, zu den Kosten und zu möglichen Einsparungen erörtert worden. Die Verwaltung investiere derzeit erhebliche Arbeit in die Weiterentwicklung der Ideenfabrik und die Frage, wie diese finanziell tragfähig gestaltet werden könne. Dabei würden sowohl Unternehmen als auch die Städte und Gemeinden einbezogen. Die im Frühjahr abgegebene Stellungnahme der Städte und Gemeinden sei der Vorlage beigefügt worden. Nach seiner Einschätzung sei diese teilweise abgegeben worden, ohne dass das Konzept, die zugrunde liegenden Zahlen und der damalige Beratungsstand zur Ideenfabrik vollständig bekannt gewesen seien. Dies sei im Rahmen des Arbeitskreises Haushaltsentwicklung nochmals aufgegriffen und erläutert worden. Darüber hinaus hätten bilaterale Gespräche stattgefunden.

Die Stellungnahme der Kommunen werde somit nicht außer Acht gelassen. Die abschließende Entscheidung über die Fortführung der Ideenfabrik obliege dem Kreistag.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Beschlussfassung in den Kreistag vertagt